

Antrag

des Abgeordneten Péter Vida
fraktionslos

Anerkennung von Gruppen in der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

In die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg wird ein neuer § 8a eingefügt mit folgendem Wortlaut:

„§ 8a Bildung von Gruppen

Gruppen sind Vereinigungen von mindestens drei Mitgliedern des Landtages, die derselben Partei, politischen Vereinigung oder Listenvereinigung angehören oder von derselben Partei, politischen Vereinigung oder Listenvereinigung als Wahlbewerber aufgestellt worden sind. Soweit diese Geschäftsordnung Fraktionen Rechte einräumt sowie Aufgaben zuweist, gelten diese sinngemäß auch für Gruppen mit Ausnahme der Rechte aus § 42 Absatz 1 Satz 4, § 46 Absatz 1 Satz 1, § 46 Absatz 2 Satz 2, § 75 Absatz 3 Satz 2.“

Begründung:

Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz folgt das Recht von Abgeordneten, sich auch in einer anderen Weise als Fraktionen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen (BVerfG, 2 BvE 1/91, LS 2). Diese Bestimmung ist in Artikel 56 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg wortgleich wiederzufinden. Selbstverständlich steht dem Landtag das Recht zu, Hürden zur Bildung von Fraktionen festzulegen und diese mit besonderen Rechten auszustatten. Hierbei spielen Gesichtspunkte einer zahlenmäßigen Repräsentation, der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit und Erfahrungswerte eine Rolle. Schon hierbei ist darauf hinzuweisen, dass in der 1. Wahlperiode des Landtages Brandenburg (1990-1994) die Mindestgröße von Fraktionen auf drei Abgeordnete festgesetzt war (Drucksache 1/1, § 16). Diese Hürde wurde in der 2. Wahlperiode auf vier Abgeordnete hochgesetzt. Dabei sind aus den Erfahrungen der 1. Wahlperiode keine hinreichenden Beweggründe erkennbar, die eine Aufstockung erforderlich machen würden, die Arbeitsfähigkeit war bzw. wäre auch mit drei nicht gefährdet. Mangels seitherigen Eintretens der jetzigen Konstellation wurde auch kein Bedürfnis zur Regelung eines Gruppenstatus gesehen. Dies

führt zu der Situation, dass während in der 1. Wahlperiode drei Abgeordnete und seit der 2. Wahlperiode vier Abgeordnete eine Fraktion bilden können, nunmehr drei Abgeordnete nicht nur keine Fraktion, sondern nicht einmal eine Gruppe bilden können und somit gesondert als fraktionslose Abgeordnete gelten. Das Brandenburgische Landeswahlgesetz sieht durch Erringen eines Wahlkreisdirektmandates in § 3 Absatz 1 Satz 1 2. Alternative die Möglichkeit vor, auch bei mitunter deutlichem Unterschreiten der Fünf-Prozent-Hürde bei der Vergabe von Sitzen auf der Landesliste berücksichtigt zu werden. Dies führt fast zwingend dazu, dass auf diesem Wege eine Gruppe von Abgeordneten desselben Wahlvorschlagsträgers in den Landtag einzieht, ohne die Zahl von vier zur Bildung einer Fraktion erforderlichen Abgeordneten zu erreichen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Brandenburgische Landeswahlgesetz dem Erringen eines Direktmandates eine derart weitreichende Bedeutung in der repräsentativen Verankerung in der Wahlbevölkerung beimisst, dass es nicht nur den erfolgreichen Wahlkreisbewerber sondern auch die übrigen Listenvertreter entsprechend dem Stimmenanteil gleichsam den Wahlvorschlagsträgern mit einem Zweistimmenanteil von über 5 % einziehen lässt. Diese sind sodann nicht allein stehende, voneinander politisch losgelöste Einzelabgeordnete sondern Angehörige derselben politischen Vereinigung. Dementsprechend können diese billigerweise anstreben, die sich aus dem Brandenburgischen Landeswahlgesetz ergebenden Repräsentationsmöglichkeiten auch im parlamentarischen Betrieb über den Status von fraktionslosen Einzelabgeordneten hinaus umzusetzen.

Der Deutsche Bundestag hat in der 12. Wahlperiode weitgehende, vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gebilligte und sogar weiter ausgeformte Rechte für Gruppen geschaffen. Aus der Freiheit des Mandates folgt das Recht, sich bei Nichterreichen der Fraktionshürde in anderer Weise zur gemeinsamen Arbeit zusammenzufinden (BVerfG, a.a.O., Rn. 81). Der Deutsche Bundestag hat daher Gruppen, die die Hürde zur Bildung von Fraktionen deutlich verfehlten, weitgehende parlamentarische Rechte eingeräumt. So sind Gruppen bei der Vergabe der Ausschusssitze, dem Antragsrecht, dem Fragerecht, der Wahl eines Vorsitzenden u.v.a.m. den Fraktionen gleichgestellt. So wurden die PDS mit seinerzeit 15 Bundestagsabgeordneten sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit acht Abgeordneten als Gruppen anerkannt. Diese machten 2,3 % bzw. 1,2 % der Gesamtzahl der Abgeordneten (662 Bundestagsmitglieder) aus. Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler verfügen mit drei Abgeordneten über 3,4 % der Sitze im Landtag Brandenburg (88 Landtagsabgeordnete). Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass Gruppen hinsichtlich ihrer Rechtsstellung durchaus hinter Fraktionen zurückstehen können, jedoch regelmäßig im Maß ihrer Größe (BVerfG, 2 BvE 4/95, Rn. 101, 110). Weitergehende Anträge der PDS wurden in den Entscheidungen (BVerfG, 2 BvE 1/91 und BVerfG, 2 BvE 4/95) im Wesentlichen nur deswegen zurückgewiesen, weil das Bundesverfassungsgericht in den der Gruppe gewährten, recht weitgehenden Rechten eine ausreichende parlamentarische Partizipationsmöglichkeit erkannte. Die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg sieht derzeit für eine vierköpfige Fraktion volle parlamentarische Mitwirkungsrechte, für eine dreiköpfige Gruppe hingegen nicht nur nicht abgestufte sondern keinerlei organschaftliche Rechte vor. Maßgebender Grundsatz muss hingegen sein, dass einer demselben Wahlvorschlagsträger angehörenden und sich einen demokratischen Willen bilden könnenden Menge an Abgeordneten auch über das Maß von Einzelabgeordneten hinausgehende Mitwirkungsrechte zuzubilligen sind.

Um einer Abstufung gerecht zu werden, werden in der vorgeschlagenen Änderung bestimmte Rechte, die üblicherweise einen spürbaren Eingriff in den parlamentarischen Ablauf bedeuten und in der Regel außer Fraktionen eines Antrages einer recht großen Zahl an Abgeordneten bedürfen, für Gruppen ausgeschlossen.

Péter Vida